

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungshandlern und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat (mit Haus 2 RM, halbdarmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Reichsstraße 14191 / Postfach Dresden Nr. 13352, Lilli Schlegel-Schiffbau, Dresden-L., Güterbahnhofstr. 7 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dresden, Dienstag den 13. April 1926 Nummer 85

## Verstärkte Vorstöße der 23 Renegaten

### Bund erklärt die Rebellion gegen die Parteileitung Klarheit und Pflichten

#### Ankündigung einer selbständigen Wahlliste

Während die „Dresdner Volkszeitung“ glaubt, den kommunistischen Parteiführern über die Notwendigkeit der Klärung der 23 einen wohlangesetzten Vorstoß zu tun, organisieren die 23 einen wohlangesetzten Vorstoß und Angriffsfeldzug. Zur Unterstützung des Vorstoßes haben sie sich dabei der bürgerlichen Presse, die der Spalten vollständig zur Verfügung steht. Die 23 haben aber dem Vorgehen noch intensiver gegenüber. Sie haben nicht nur die linken Führer nicht den Mund und die Feder in aller Öffentlichkeit die gesamte Arbeiterstimme gegen die Rechte mobil zu machen. Jetzt werden die 23, wie die Vorgänge in einer gestern stattgefundenen Versammlung der Rechte beweisen, zu einer Stellungnahme durch die Rechte gedrängt. Die Rechte hatten zu einer Versammlung nichts anderes getan, als zum Nichterscheinen aufzufordern. Als solle es zur Betätigung der 23 Arbeiter dienen, melden die sozialdemokratischen Parteiführer in Sachsen, daß die Rechte Chemnitz, der U. S. W., einige Teile des Leipziger Bezirks die in ihrem Bezirk vorhandenen Abgeordneten ausgeschlossen haben. Der Parteivorstand der SPD hat ebenfalls einen Bescheid erlassen, die 23 sollen wegen Disziplinbruch ausgeschlossen werden. Bescheid soll nicht mehr Reichsbeamten-Verhalten sein.

ne zu schaffen, daß sie eine Mehrheit mit dem Bürgertum haben. Die Rechte werden dabei als die einzig wahren Sozialdemokraten auftreten und sich sicherlich der Unterstützung der Gewerkschaftsbureaus freuen können. Der Parteivorstand wird der Entwicklung wohl eine Zeitlang zusehen, um dann die Rechte zu unterstützen. Die Rechte begreifen, ihre Kandidaten mit Energie vorzubereiten. Sie sind zu Klug, eine Sonderorganisation aufzumachen, sie profitieren die SPD. für sich. In der Versammlung wurde folgende Entschliessung gegen 4 Stimmen angenommen:

„Die am 12. April im Reichsrat Kasino von 538 Personen beschlossene Parteiverammlung billigt das Verhalten der 23 Gewerkschaften von der Fraktionmehrheit im Sächsischen Landtag. Sie begrüßt es im Hinblick auf die Tatsache, daß eine Anzahl für das Proletariat höchst wertvoller Geistes noch nicht verabschiedet worden ist, daß der Landtag noch nicht aufgelöst wurde. Die Versammlung steht im dem Willen der 23 die einzige Möglichkeit, im Rahmen der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dem wertvollen Volk zu dienen. Getragen von der allgemeinen Erkenntnis, daß sozialistisches Fortschreiten und fruchtvolle Opposition das wertvolle Volk nicht um einen Schritt vorwärts bringen, fordert die Versammlung von der Fraktionmehrheit, daß diese ihre auf positive Staatsumwälzung eingestellte erfolgreiche Politik mit aller Konsequenz weiterführt.“

R. R. Die „Dresdner Volkszeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonnabendnummer einen Artikel über „Die Pflichten der Kommunisten“. Mit viel Redewendungen ist der Artikel geschrieben, um die Kernfrage hinwegzuleiten. Entleert man den Artikel des Trübs und Dran, so bleiben drei Tatsachen übrig: 1. die Billigung und das erneute Bekenntnis zur Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, 2. Kampf gegen die Kommunisten, 3. Ablehnung eines ernsthaften Kampfes gegen die 23 Rechte. Zwischen durch läuft der schwache Versuch, mit den Kommunisten in eine theoretische Auseinandersetzung über die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum einzutreten und die Kommunisten zu sozialdemokratischer Politik zu verpflichten. Seine Entschiedenheit verdankt dieser Artikel zwei von den Kommunisten erhobenen Forderungen: 1. Gemeinsamen Kampf gegen die reformistische, die 23 stützende Gewerkschaftsbureaus, 2. Volksbegehren gegen die Hecht-Regierung und den Landtag. Beide Forderungen werden von den Linken, die dabei wieder ihre Unerschlossenheit zeigen, abgelehnt. Statt dessen kommt eine gelahrt erscheinende Abrede über „Unerbittlichkeit“ der kommunistischen Partei und „Koalitionseindringlichkeit“ derselben. Wir wollen die Dinge ein wenig auf ihren Kern zurückführen. Wenn wir auch der Auffassung sind, daß die „Dresdner Volkszeitung“ am wenigsten berufen wäre, uns über Pflichten aufzuklären, denn der wie ein Blatt im Winde schwankende Satz wird sicherlich von keinem Menschen als in theoretischen Fragen kompetent, ernst genommen, so lohnt es doch, die Gelegenheit zu ergreifen, den Arbeitern unsere Stellung zu zeigen. Fangen wir gleich bei der Kernfrage an.

Die 23 antworten jetzt aggressiv. Nachdem sie in der letzten Woche eine besondere Versammlung von Funktionären abgehalten hatten, hatten die 23 für gestern Abend eine Parteiverammlung nach dem Reichsrat Kasino abgehalten. Die linken Sozialdemokraten drohten mit Ausschluß der Teilnehmer. In der Versammlung gab der Reichsrat Kasino Schürich einen Bericht über die Tätigkeit der 23. Er erklärte, daß die Schuld an dem heutigen Parteivorstand die Landesparteileitung trage. Trotz des Heilbetriebs der 23 habe man den 23 keine Möglichkeit gegeben, in Parteiverfassungen zu sprechen. Die 23 sprechen sich in der Rolle der gekränkten Unschuld. Daß die 23 so schreien können, ist die unbedingte Schuld der linken Führer, die, wie schon gesagt, ihre Maßnahmen nur sehr langsam und halb freffen und sich das Gesetz des Handelns von den Rechten diktieren lassen.

Das ist deutlich genug. Die 23 führen die verräterische Sachlage weiter. Sie haben sich dazu die Zustimmung ihrer Getreuen. Gewiß hat der „Anzeiger“ nicht mitgeteilt, daß ein großer Teil dieser Versammlung aus Gewerkschaftsangehörigen und Angestellten in sonstigen Positionen bestand. Deswegen bleibt nicht minder wesentlich, daß die 23 Renegaten im Wahlkampf mit einer eigenen Liste zur Unterstützung des Bürgertums aufzuziehen werden. Das verwerfliche Spiel mit den Arbeiterinteressen wird fortgesetzt. Durch diesen Schritt wird die proletarische Rechte in Sachsen auf das schwerste gefährdet.

Der Grundsatz des Marxismus ist der Klassenkampf. Karl Marx hat das hohe Verdienst in seinen Werken diese Lehre dem Proletariat zu vermitteln. Im kommunistischen Manifest verkündet Karl Marx, daß die Geschichte aller Kämpfe die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Diese Klassenkämpfe beruhen auf den Verhältnissen, unter denen die Menschen untereinander leben. Diese Verhältnisse zu ändern ist die geschichtliche Aufgabe des Proletariats. Die ökonomischen Verhältnisse teilen die Menschen in Klassen, von denen die Besitzer der Produktionsmittel die herrschende Klasse sind. Die Macht der herrschenden Klasse beruht nicht auf politischen Machtverhältnissen, sondern auf dem Besitz der Produktionsmittel. Der Besitz gibt der herrschenden Klasse die Macht. Die Umänderung der bestehenden Klassenverhältnisse erfordert also eine Enttötung der bestehenden Klasse von ihrem Besitz. Die Erfahrungen aller bisherigen Revolutionen beweisen, daß es zu diesem Schritt einen friedlichen Übergang nicht gibt. Die Bourgeoisie kann nicht ihren Besitz mit Bomben und Granaten. Sie zettelt, wie Russland lehrt, noch jahrelange Kämpfe gegen das siegreiche Proletariat an, um es wieder aus seiner Position zu verdrängen. Aber auch gerade die Erfahrungen Sachsens von 1923 sind ein sehr lehrreiches Beispiel für diese Haltung der Bourgeoisie. Der Artikelsschreiber erklärt, daß der „kommunistische Aufzug“ 1923 der Militärdiktatur den Weg geebnet habe. Damit zeigt er aber nur, daß er weder die Lehren von 1923, sowie die Lehre des Klassenkampfes überhaupt begriffen hat. Unsere tatsächlichen und politischen Erfahrungen von 1923 haben wir zur Genüge gezeigt. Hier kommt es auf eine andere Frage an. Der Reichswahlkampf war der Bormarsch des durch Erfahrungen gewichtigten Bürgertums gegen eine Gefahrenzone, von der dem Bürgertum ein Angriff auf seinen Besitz und seine Macht drohte. Auf die schändliche Rolle der SPD. von 1923 wollen wir hier nicht eingehen.

Was den Mittelungen des „Dresdner Anzeigers“ war die Parteiverammlung sehr gut besucht. In der Diskussion sprach der Reichsrat Kasino. Dieser hatte selbstverständlich die arbeiterfeindliche Politik der 23, weiterhin gegen die Parteileitung und erklärte, daß sie gegen diese, nicht gegen die Partei, die Forderung der Rebellion erheben. Bund erklärte auf Kommando, die SPD. ist eine Partei, die mit dem Bürgertum zusammen arbeitet, nur wer diese gemeinsame Arbeit mit dem Bürgertum führt, ist Sozialdemokrat. Von einem anderen Redner wurde erklärt, daß, wenn die gegenwärtige Parteileitung die Sache auf die Spitze treibe, die 23 ihre Kämpfe allein führen werden.

Wieder einmal haben die schwankenden linken Führer einen Schlag ins Gesicht erhalten. Wieder rückt sich, daß diese keinen ersten Kampf gegen die 23 geführt haben, daß sie selbst im Grunde für Koalitionspolitik sind. Die linken Führer haben bisher unsere Angebote zum gemeinsamen Kampf in der Öffentlichkeit und in den Gewerkschaften abgelehnt. Jetzt haben sie die Antwort. Wenn sie weiter zögern, wird es ihnen wohl passieren, daß sie ihren Vorschlag verwerfen. Für die sozialdemokratischen Arbeiter ist die von den 23 geschobene Versammlung ein deutliches und ernstes Warnungssignal. Es gilt jetzt endlich, in aller Öffentlichkeit aufzutreten. Gegen die den sächsischen Arbeitern drohende Gefahr, nicht nur der Feindseligkeit, sondern der sorgfältigen Auslieferung der Arbeiterinteressen an das Bürgertum gibt es nur einen Weg:

**aus die kommenden Wahlkämpfe.**  
Damit wird wieder einmal bestätigt, was wir schon lange vorausgesagt haben: Die 23 wollen eine Bewegung der Sachpolitik von heute. Sie werden eine Sonderliste bilden und damit versuchen, so viel rechte Abgeordnete

**Mobilisierung, Aufstellung und Aufführung der Massen.**  
Das aber auf dem schnellsten Wege, nicht erst beim Wahlkampf. Die KPD. hat die Kampagne begonnen. Arbeiter, besucht die Versammlungen der Kommunisten.

### Die englischen Bergarbeiter zum Kampf entschlossen

London, 11. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Ausschuss des Bergarbeiterverbandes des Distrikts Yorkshire beschloß unter dem Vorsitz des Präsidenten des englischen Verbandes, Herbert Smith, den Vorschlag der Generalen, der sich gegen eine Zersplitterung des nationalen Lohnabkommens, gegen Verdrängung der Arbeitslosen und gegen jegliche Lohnherabsetzungen richtet, anzunehmen. Das Ergebnis der Abstimmung für Distrikt Yorkshire ist von entscheidendem Einfluß auf die übrigen Bergarbeiterdistrikte.

Er forderte die Regierungspräsidenten an, die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Er erklärte, er überschähe gewiß nicht die Wichtigkeit der sogenannten Wehrorganisationen, und wählte dann in eine Rede gegen den RAB. ein, indem er von der Gefahr sprach, daß „einmal die Plänen von selbst losgehen“. Die Voraussetzung für diese Zuversicht sei die Erhaltung einer tüchtigen Polizei. Er ermahnte von den Kroninspektoren, daß sie ruhiger und vorzüglicher Entschlossenheit, aber mit notwendiger Entschlossenheit bei gegebenen Anlässen aufzutreten werde.

### Gewerkschaften gegen den RAB.

Der Polizeikörper soll „Ordnung“ schaffen.  
Berlin, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Gewerkschaften sind im Besitz unter dem Vorsitz von Gewerkschaften eine Konferenz der Chies und Regierungspräsidenten statt. Gewerkschaften erklären in seiner Rede, nach seiner Heberzeugung seien wir aus dem Reich und nicht heraus. Die Parte Unerschlossenheit würde auch im Sommer und nächsten Herbst noch nicht überwinden sein. Nach Ausschreibungen politischer Gruppen müßten in Verhandlung gestellt werden. (Er meinte natürlich damit nur die Kommunisten.) Deshalb könne man nicht daran denken, aus heute mit Polizei besetzte Gefängnisse mit Polizei herauszulassen, denn die Unerschlossenheit bedeute schon gewisse Warnungssignale.

### „Friedensbedingungen“ der Imperialisten in Marokko

Paris, 12. April. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin“ teilt die französisch-spanischen Friedensbedingungen für Marokko mit. Frankreich und Spanien wollen dem Rif das Recht zu innerer Selbstverwaltung zugestehen, wenn es sich der Souveränität des Sultanats unterwirft und Frankreich und Spanien das Recht gibt, Organisation und Bewachung der im Rifgebiet zu schaffenden Militärgruppen zu kontrollieren. Alle Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre samt Munition sollen von den kriegführenden Stämmen ausgeliefert werden, die für die Zukunft entwaffnet sein sollen. RAB. et Rifin soll aus dem Rifgebiet entfernt werden. Selbstständig werden Vorbereitungen für die neue gemeinsame Offensiv getroffen; die Gewerkschaften haben Orbes erhalten, alle bestanden Stellen zu behaupten und für den Kampf gerüstet zu sein.

Der Reichswahlkampf war der Bormarsch des durch Erfahrungen gewichtigten Bürgertums gegen eine Gefahrenzone, von der dem Bürgertum ein Angriff auf seinen Besitz und seine Macht drohte. Auf die schändliche Rolle der SPD. von 1923 wollen wir hier nicht eingehen.

Die Aufgabe des Proletariats und seiner Partei besteht aber darin, ununterbrochen Vorbereitungen für den Sturz der kapitalistischen Macht zu treffen, jede Position zur Schwächung der Kapitalisten auszunutzen, während der Vorbereitungszeit die Massen zu sammeln und für den Endkampf zu schulen. Die Taktik und die jeweiligen Möglichkeiten sind dabei nach den jeweiligen Verhältnissen verschieden. Die Aufgabe der Arbeitervertreter in einer Koalitionregierung bestünde, falls man sich auf diese Plattform begeben wollte, darin, den Arbeitern zu zeigen, daß ein Zusammengehen mit dem Bürgertum nicht möglich ist. Vertrete man in einer solchen Regierung Arbeiterforderungen, dann müßte diese baldigt auseinanderfliegen. So hätte man durch eine einzige Erfahrung den Arbeitern zeigen können, wo ihre Aufgaben liegen, nämlich in der ständig härteren Zusammenfassung, in der härteren Mobilisierung und dem Aufstellen immer breiterer Massenfronten gegen die kapitalistische Staatsmacht überhaupt. Heute, nach all den Erfahrungen der Koalitionspolitik, benötigen die deutschen Arbeiter eine solche Lehre nicht mehr. Wir sehen auch hier davon ab, auf die Rolle der SPD. von 1923 einzugehen, weil sie mit weiterem Klargestellt wird. Die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten, auch die der Linken, ist abgestellt auf Hilfe und Unterstützung der Kapitalisten. Sie verkünden, daß durch das Zusammenarbeiten